

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Tourismus
am Mittwoch, den 10.05.2023, um 17:00 Uhr
im Rathaus der Samtgemeinde Bersenbrück, Hermann-Rothert-Saal, 3. OG, Lindenstraße
2, 49593 Bersenbrück
(SGFT/007/2023)

Anwesend:

Vorsitzende/r
Koop, Johannes

Mitglieder
Ewerding, Franz-Josef
Frerker, Markus ab 17:12 Uhr bis 18:45 Uhr
Hölscher-Uchtmann, Elke
Hüdepohl, Ingrid
Hüdepohl, Sebastian
Johanning, Michael
Lager, Werner
Mailitafi, Suraj
Sperveslage, Christoph

von der Verwaltung
Güttler, Andreas
Heyer, Jürgen
Kamper, Heike bis 18:36 Uhr
Oeverhaus, Thomas bis 18:36 Uhr
Wernke, Michael

Protokollführer/in
Sabelhaus, Tim

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder
Große Hamberg, Jan

Mitglieder (mit beratender Stimme)
Maxhuni, Adrian

Öffentlicher Teil

1. **Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit der Ausschussmitglieder, der Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung**

Ausschussvorsitzender Koop eröffnet um 17:05 Uhr die heutige Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Tourismus. Er begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung, die Presse, die anwesenden Gäste und die Zuhörer. Weiter stellt er die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit der Ausschussmitglieder, sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

2. **Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Tourismus vom 14.03.2023**
Vorlage: 3391/2023

Ausschussvorsitzender Koop ruft den Tagesordnungspunkt auf und bittet um Wortmeldungen, falls gegen Form und Inhalt des öffentlichen Teils der Niederschrift über die Sitzung vom 14.03.2023 Bedenken erhoben werden.

Nachdem hierzu keine Wortmeldungen vorliegen, wird der öffentliche Teil der Niederschrift vom 14.03.2023 einstimmig genehmigt.

3. **Bürgschaft für ein Darlehen der Alfsee GmbH**
Vorlage: 3395/2023

Ausschussvorsitzender Koop ruft den Tagespunkt anhand der Vorlage auf und erläutert kurz den Sachverhalt.

Es liegen keine Wortmeldungen vor, so empfiehlt der Ausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Samtgemeinde übernimmt für einen Kredit in Höhe von 200.000 € zugunsten der Alfsee GmbH bzw. deren Rechtsnachfolger eine Ausfallbürgschaft entsprechend des Beteiligungsverhältnisses an der Alfsee GmbH (94,9 %) für 80 % des jeweiligen Kreditbetrages, mithin für maximal 75,92 % bzw. maximal 151.840 €. Der Alfsee GmbH ist eine Bürgschaftsprovision in Höhe von 0,55 % des jeweiligen Bürgschaftsbetrages in Rechnung zu stellen.

4. **öffentlich-rechtliche Vereinbarung Schulsachkostenerstattung**
Vorlage: 3404/2023

Ausschussvorsitzender Koop ruft den Tagesordnungspunkt anhand der Vorlage auf und erläutert den Sachverhalt.

Nachdem keine Wortmeldungen bestehen, empfiehlt der Ausschuss einstimmig folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Abschluss der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Erstattung der Schulsachkosten für das Jahr 2023 im Sekundarbereich I wird als Übergangslösung bis zum Abschluss einer neuen örV nachträglich zugestimmt. Über eine noch auszuhandelnde Endabrechnung in Form einer Spitzabrechnung oder durch eine Sachkostenvereinbarung zur Endabrechnung der Schulsachkosten 2023 wird nach Vorlage eines entsprechenden Verhandlungsergebnisses entschieden.

**5. Hybride Ausschusssitzungen
Vorlage: 3409/2023**

Der Ausschussvorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt anhand der Vorlage auf und erteilt dem Ersten Samtgemeinderat Herrn Güttler das Wort.

Herr Güttler führt aus, dass er Mitglied in der AG „Digitalisierung von Gremiensitzungen“ war und erläutert die Empfehlung der AG.

Ab dem 01.01.2024 soll die Möglichkeit bestehen, dass Abgeordnete an Sitzungen durch Videokonferenztechnik teilnehmen. Dazu bedarf es einer Änderung der Hauptsatzung der Samtgemeinde Bersenbrück und der Geschäftsordnung des Samtgemeinderates (SGR). Zunächst soll die Möglichkeit der digitalen Teilnahme nur auf die Sitzungen der Ausschüsse beschränkt sein, da hier bei etwaigen Störungen (z.B. technischer Art) die Beschlüsse des SGR (Vorbereitung nur im Samtgemeindeausschuss (SGA) zwingend vorgeschrieben) nicht rechtswidrig und damit unwirksam werden. Die für eine hybride Sitzung notwendige technische Ausstattung ist im Hermann-Rother-Saal (E7) vorhanden, sodass weitere Investitionen vorerst nicht notwendig werden. An zwei Treffen der AG wurden die technischen Voraussetzungen bereits getestet und für gut empfunden.

Ratsfrau Hölischer-Uchtmann, ebenfalls ein Mitglied der AG, bestätigt dies. Weiter hält sie die digitale Teilnahme an einer Sitzung für eine gute Möglichkeit, um z.B. Alleinerziehende oder Studierende die Teilnahme zu erleichtern.

Ratsherr Hüdepohl äußert sich ebenfalls positiv über die Möglichkeit der hybriden Sitzung. Weiter erkundigt er sich, ob eine Anpassung des Sitzungsgeldes für die Ausschussmitglieder, die digital an einer Sitzung teilnehmen, geplant ist. Herr Güttler antwortet, dass über eine Anpassung des Sitzungsgeldes nicht gesprochen wurde.

Ratsherr Johanning hält eine Anpassung des Sitzungsgeldes für unangemessen, da auch bei einer digitalen Teilnahme entsprechend Zeit investiert wird, auf Fahrtgeld sollte natürlich verzichtet werden. Dieser Vorschlag trifft auf Zustimmung.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, empfiehlt der Ausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Teilnahme an Sitzungen durch Zuschaltung per Videokonferenztechnik bleibt zunächst auf Sitzungen der Ausschüsse beschränkt. Die geänderte Hauptsatzung und die geänderte Geschäftsordnung werden in der vorgelegten Form zum 01.01.2024 beschlossen.

**6. Aktueller Sachstand zum Breitbandausbau
Vorlage: 3407/2023**

Ausschussvorsitzender Koop ruft den Tagesordnungspunkt anhand der Vorlage auf und erklärt den Sachverhalt. Er führt aus, dass trotz Zuschüssen aus Bundes- und Landesmitteln von bis zu 75 % erhebliche Kosten durch den Breitbandausbau für die Kommunen in

Höhe von 25 % entstehen. Bei den weißen Flecken (Internetversorgung von unter 30 Mbit/s) werden diese Kosten (25 %) durch den Landkreis finanziert.

Samtgemeindebürgermeister Herr Wernke ergänzt, dass die Kosten des Landkreises durch die Kommunen über die Kreisumlage finanziert werden.

Herr Koop führt weiter aus, dass beim letzten Bereich des Ausbaus, den sogenannten grauen Flecken (Internetversorgung mit mindestens 30 Mbit/s, aber noch kein Glasfaseranschluss) die Finanzierung in Teilen noch unklar ist. Es stehe noch nicht fest, ob es auch in diesem Bereich eine Förderung über das Land gibt. Die Förderung des Bundes sieht ein Punktesystem vor, anhand der erreichten Punkte erfolgt eine Einordnung in die „Fast-Lane“ oder die „Slow-Lane“. Außerdem soll die unterschiedliche Steuerstärke der Kommunen bewertet werden, steuerschwächere Kommunen würden eine höhere Förderung des Bundes erhalten, und so ggf. den kommunalen Anteil reduzieren. Einigkeit besteht inzwischen unter den kreisangehörigen Kommunen und dem Landkreis, dass die Zuschussanträge über den Landkreis gestellt werden. Beim Zusammenschluss mehrerer Gemeinden zu einem „Cluster“ erfolgt eine bessere Bepunktung und damit eine höhere Wahrscheinlichkeit der schnellen Förderung.

Samtgemeindebürgermeister Herr Wernke führt weiter aus, dass die Problematik der Finanzierung auch Bestandteil der Bürgermeisterkonferenzen ist. Die Bürgermeisterkonferenz befürwortet eine Vereinbarung, wie bei den weißen Flecken. Der Landkreis würde die Ausbaukosten übernehmen. Die Anteile der Kommunen werden mithilfe der Kreisumlage aufgeteilt. Dieses Verfahren ist laut Herrn Wernke am gerechtesten, da die Kreisumlage die Wirtschaftskraft einer Kommune berücksichtigt. Hierzu laufen Verhandlungen mit dem Landkreis, auch um rechtzeitig bis zum Fristende (15.10.2023) einen Förderantrag stellen zu können. Eine Förderung über den Landkreis hat laut Einschätzung von Herrn Wernke die besten Chancen, da jedes mögliche Cluster mit der erreichbaren Punktzahl in der „Slow-Lane“ des Förderprogramms landen würde. Inwieweit eine Förderung durch das Land Niedersachsen möglich ist, steht noch nicht fest, da noch keine Förderrichtlinie erlassen wurde.

Ausschussvorsitzender Koop bemängelt in diesem Zusammenhang die Förderbeträge des Bundes, da beispielsweise Niedersachsen vom Bund die gleiche Fördersumme wie das Saarland erhält, obwohl das Saarland gerade mal die Flächengröße des Landkreises Osnabrück hat.

Ratsherr Johanning hält die Anzahl der in der Berechnung des Landkreises zugrunde gelegten Adressen für falsch, da teilweise auch in den Gebieten der grauen Flecken bereits eigenwirtschaftliche Ausbauten geplant sind. Weiter schlägt er vor, dass die vom Landkreis ermittelten Adressen, den Mitgliedsgemeinden für eine Überprüfung bzw. einen Abgleich mit dem eigenwirtschaftlichen Ausbau zur Verfügung gestellt werden. Herr Wernke entgegnet, dass eine Überprüfung bereits durch den Fachdienst III angestoßen wurde. Die angegebenen Zahlen wurden durch das aktuellste Markterkundungsverfahren ermittelt. Ein neues Markterkundungsverfahren ist bereits in Planung und soll aktuelle Zahlen liefern.

Ratsherr Hüdepohl erkundigt sich nach einem Zeitpunkt für die Klärung der Problematik. Herr Wernke entgegnet, dass ein Zeitpunkt noch nicht absehbar ist, er und die weiteren Bürgermeister bemühen sich jedoch um eine schnelle Klärung mit dem Landkreis auch im Hinblick auf den 15.10.2023 als Stichtag für einen Förderantrag.

Ratsherr Frerker bemängelt, dass das Konstrukt mit TELKOS und Landkreis für außenstehende schwer zu überblicken ist und er eine einfachere Struktur bevorzugen würde.

Ratsherr Johanning stimmt Herrn Frerker zu, und hält die Konstellation der Gesellschaft für unglücklich. Der Breitbandausbau sei in Deutschland mittlerweile ein erfolgreiches Ge-

schäftsmodell, welchem in Zukunft gute Renditen prognostiziert werden. Die Mitgliedsgemeinden finanzieren den Ausbau für die TELKOS mit, während diese anschließend an den Netzentgelten verdient. Herr Koop ergänzt, dass Regelungen hinsichtlich der Erträge in die öffentlich-rechtliche Vereinbarung aufgenommen werden sollen.

7. Bericht Wirtschaftsförderung und Tourismus

Der Ausschussvorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und bittet den Wirtschaftsförderer Herrn Oeverhaus um seinen Bericht.

Herr Oeverhaus stellt zunächst seine Kollegin Frau Kamper vor, die im Anschluss an seinen Bericht ein Konzept zur Förderung des Tourismus vorstellt. Anhand einer Präsentation, welche dem Protokoll beigelegt wird, berichtet Herr Oeverhaus zunächst über die am 25. und 26.04.2023 bei der Firma LCA Logistic stattgefundenen Ausbildungsmesse für den Nordkreis „DASD 2023“.

Weiter berichtet Herr Oeverhaus über die geplante Anschaffung eines digitalen Einkaufsgutscheins, welcher den bisherigen analogen Einkaufsgutschein ersetzen soll. Durch den digitalen Gutschein, welcher von der Firma „STADTGUTHABEN“ angeboten wird, werden die bisherigen Abläufe vereinfacht. In den Städten Bramsche und Lingen wurden gute Erfahrungen mit der Einführung eines digitalen Einkaufsgutscheins sowie mit der Firma gesammelt.

Ratsherr Frerker erkundigt sich nach den Kosten. Herr Oeverhaus entgegnet, dass die Firma eine Gebühr in Höhe von 2,9 % auf den Umsatz der verkauften Gutscheine berechnet. Diese Summe ist von der Samtgemeinde zu zahlen. Auf die teilnehmenden Unternehmen kommen keine versteckten Kosten zu.

Ratsherr Johanning lobt Herrn Oeverhaus und Frau Kamper für die gute Idee und bedankt sich für deren Arbeit.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, erteilt der Vorsitzende Frau Kamper das Wort.

Frau Kamper bedankt sich bei Herrn Koop und stellt sich zunächst einmal vor. Seit dem 01.01.2023 arbeitet Frau Kamper in der Tourist-Information der Samtgemeinde. Zuvor war sie 6 Jahre bei der Hasetal Touristik angestellt und hat dort Konzepte zum Tagestourismus und mehrtägigen Reisen erarbeitet. Diese Erfahrungen möchte sie jetzt nutzen, um den Tourismus in der Samtgemeinde auszubauen. Anhand einer Präsentation erläutert Frau Kamper ihre Pläne, um den Tourismus in der Samtgemeinde auszubauen und derzeit fehlende Konzepte zu entwickeln. Die Präsentation ist dem Protokoll beigelegt.

Ratsherr Johanning bedankt sich bei Frau Kamper für die tolle Präsentation und freut sich auf die Zusammenarbeit.

Frau Kamper teilt weiter mit, dass neue Konzepte für die kulinarische Stadtführung entwickelt wurden und in Ankum und Bersenbrück möglich sind.

Der Ausschussvorsitzende bedankt sich bei Frau Kamper für ihre Ausführungen und wünscht ihr viel Erfolg für die geplanten Projekte.

8. Bericht der Verwaltung

Ausschussvorsitzender Koop ruft den nächsten Tagesordnungspunkt auf und erteilt dem Ersten Samtgemeinderat Herrn Güttler das Wort.

Herr Güttler berichtet anhand einer dem Protokoll beigefügten Präsentation über die aktuellen Gewerbesteuerzahlen und die Haushaltsgenehmigung.

Die aktuelle Entwicklung der Gewerbesteuerzahlen ist positiv, der geplante Ansatz wird im Moment um circa 3,6 Millionen Euro übertroffen. Jede Mitgliedsgemeinde mit Ausnahme von Gehrde liegt ebenfalls über dem geplanten Ansatz.

Der Haushaltsplan der Samtgemeinde Bersenbrück ist inzwischen vom Landkreis genehmigt worden. Positiv hebt Herr Güttler hervor, dass es im Vergleich zu den letzten Jahren weniger Anmerkungen gab, dies sei zum einen auf die sehr gute finanzielle Situation und zum anderen auf die gute Arbeit von Herrn Heyer zurückzuführen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bedankt sich Herr Koop bei Herrn Güttler für dessen Ausführungen und geht zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

9. Anträge und Anfragen

Es liegen keine Anträge oder Anfragen vor.

10. Einwohnerfragestunde

Ausschussvorsitzender Koop ruft den Tagesordnungspunkt auf und erteilt Frau Middelschulte das Wort.

Frau Middelschulte erkundigt sich bei Frau Kamper nach der Einführung von Knotenpunkten bei der Fahrradbeschilderung. Frau Kamper erläutert, dass dieses System der Beschilderung eingeführt werden muss, um z.B. eine einfachere Streckenführung zu ermöglichen. Jedoch würden durch die Einführung dieser Beschilderung hohe Kosten entstehen, die nicht alleine von der Samtgemeinde finanziert werden könnten. Die Umsetzung könne nur in Zusammenarbeit mit der Tourismusgesellschaft Osnabrücker Land mbH (TOL) und allen Gemeinden im Landkreis gemeinsam erfolgen.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, schließt der Ausschussvorsitzende um 18:36 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung und bittet darum, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

gez. Koop

Ausschussvorsitzender

gez. Güttler

Fachdienstleiter

gez. Wernke

Samtgemeindebürgermeister

gez. Sabelhaus

Protokollführer